

RECHTSSTAAT DEUTSCHLAND



13.01.2016

Dieter G. Jürgens

Je häufiger vom Rechtsstaat Deutschland gesprochen wird ...

... desto mehr erodiert er. Namhafte Staatsrechtler wie Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider, der Ex-Verfassungsrichter Michael Bertrams, der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier und viele andere mahnen zur Einhaltung der Verfassung und des bestehenden Rechts.

RECHTSSTAAT DEUTSCHLAND

DIETER G. JÜRGENS

400 Strafanzeigen gegen Bundeskanzlerin Merkel

Rund 400 Strafanzeigen sind beim Generalbundesanwalt gegen Angela Merkel eingegangen. Einer der Vorwürfe: Hochverrat.

- Ex-Verfassungsrichter Bertrams übt scharfe Kritik am Vorgehen von Kanzlerin Merkel in der Flüchtlingspolitik. Er vermutet einen Verfassungsbruch und spricht von "selbstherrlicher Kanzler-Demokratie".
- Ex-Verfassungsrichter Di Fabio stellt in einem Gutachten fest: Eine Verfassungsklage Bayerns gegen den Bund wäre Erfolg versprechend. Es gebe keine Verpflichtung zur unbegrenzten Flüchtlingsaufnahme.

Im Alleingang hat Merkel Hunderttausende „Flüchtlinge“ ins Land gelassen. Das war zwar sehr mitfühlend, wirft aber die verfassungsrechtliche Frage auf, ob sie dazu überhaupt legitimiert war. In unserer repräsentativen Demokratie liegen alle wesentlichen Entscheidungen - gerade auch solche mit Auswirkung auf das Budget - in den Händen der vom Volk gewählten Abgeordneten (s. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum Parlamentsvorbehalt für den Einsatz bewaffneter deutscher Truppen im Ausland).

Ohne parlamentarische Zustimmung darf es solche Einsätze nicht geben. „Kann also schon die Entsendung einiger hundert Soldaten nach Mali nur mit Zustimmung des Bundestags erfolgen, dann ist diese erst recht erforderlich, wenn es um die Aufnahme Hunderttausender Flüchtlinge geht“, so Bertrams. Merkels Alleingang war deshalb **ein Akt der Selbstermächtigung** der selbstherrlichen Kanzler-Demokratie.



Einwanderung und Asyl sind zwei unterschiedliche Paar Schuhe

In der Neujahrsansprache der Kanzlerin sagte Merkel, dass Einwanderung noch jedem Land gut getan hat. Es geht hier aber nicht um Einwanderung, sondern um Asylsuchende. Einwanderung und Asyl sind zwei unterschiedliche Paar Schuhe. Das Asylverfahren ist kein Instrument der Einwanderungspolitik.

Wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen sicheren Herkunftsland einreist, kann sich laut Grundgesetz nicht auf das Asylrecht berufen. Diese Regelung ist der Kern des Dublin-Vertrags. **Dieses System funktioniert nicht mehr.** Damit ist die Bundesrepublik verpflichtet, sich vor ungeordneter Einwanderung zu schützen. Ohne Grenzkontrollen wird auf Dauer nicht nur der **Sozialstaat aus den Angeln gehoben, sondern auch der Rechtsstaat.** Die Entscheidung, ob in großem Stil Einwanderung nach Deutschland stattfinden soll oder nicht, muss der Bundestag treffen.

Das kann die Bundesregierung nicht allein entscheiden. Merkel setzt auf eine europäische Lösung und den gemeinsamen Schutz der Außengrenzen. Das scheint aber nicht zu funktionieren. Wenn sich auf europäischer Ebene keine Lösung finden lässt, **ist die Bundesregierung verpflichtet, für Rechtmäßigkeit und funktionierende Kontrollen an Deutschlands Grenzen zu sorgen** (s. Gutachten des Ex-Verfassungsrichters Di Fabio für den Freistaat Bayern).

Kritik an der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin

Es hagelt Kritik für die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin von allen Seiten. Für Hans-Jürgen Papier, dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, ist die Stimmung im Land nach den Übergriffen von Köln "wahrnehmbar gekippt". Die Geschehnisse "manifestierten ein **partielles Versagen des Staates als Garant von Freiheit und Sicherheit** gegenüber seinen Bürgern", so Papier in einem Interview mit dem *Handelsblatt*. Sie seien "schrecklich und beschämend".

Papier äußert massive Bedenken am Umgang mit der Flüchtlingskrise: **Noch nie sei in der rechtsstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik die Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit so tief wie derzeit**. Das sei auf Dauer inakzeptabel, so der renommierte Verfassungsrechtler. Er spricht von einem "eklatanten Politikversagen".

Bedrohung der staatlichen Integrität

Hans-Jürgen Papier spricht etwas aus, was viele Leute womöglich auch so sähen, was in der Politik aber nicht gesagt wird. Er warnt vor einer **Bedrohung der staatlichen Integrität**.

Die Bundesregierung hat Grenzen überschritten. Die engen Leitplanken des deutschen und europäischen Asylrechts sind gesprengt worden. **Bestehende Regelungen wurden an die Wand gefahren**. Die Asyl- und Flüchtlingspolitik krankt seit Langem daran, dass man es versäumt hat, zwischen dem individuellen Schutz vor Verfolgung einerseits und der gesteuerten Migrationspolitik für Wirtschaftsflüchtlinge andererseits zu unterscheiden.

Die Europäische Union ist gescheitert

Haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Griechenland, Spanien u.s.w. bisher grundlegend gebessert? Keineswegs.

Obwohl mit unseren Steuergeldern weiterhin rechtswidrig ein Rettungsschirm nach dem anderen über Griechenland aufgespannt wird, leben dort weiterhin Menschen weit unter dem Existenzminimum und besitzen keine Krankenversicherung.



Eingelullt durch tendenzielle Sensationsberichterstattungen der Mainstreammedien bemerkt die Bevölkerung nicht mehr, dass sie durch die seit mehr als sieben Jahre andauernde Mini-Zinsphase von 0,5 Prozent und weniger, schleichend massiv enteignet wird. Eine Vermögensbildung ist so für den Normalbürger nicht mehr möglich. Und trotzdem ist noch immer das unsinnige Argument zu hören, dass ja stattdessen die Darlehenszinsen ebenfalls auf einem historischen Niedrigzinsniveau lägen.

Ein fataler Trugschluss. Denn wer sein „Vermögen“ über Kreditaufnahme „aufbaut“, ist bereits in die Schuldenfalle geraten. Ganz abgesehen davon, dass aufgrund unseres Schuldgeldsystems die ungedeckte Geld- bzw. Kreditblase damit weiter aufbläht wird.

Ein Beispiel zur „Vermögensbildung“

Eine Rentnerin hat in ihrem Erwerbsleben umgerechnet 35.000 Euro angespart. Dann hätte sie nach 7 Jahren (Entnahme ohne Kapitalverzehr) zur Verfügung:

<u>Verzinsung</u>	<u>3,0%</u>	<u>0,5%</u>
• Kapital bei jährl. Zinsauszahlung	42.350 Euro	36.225 Euro
• Zinsgewinn in 7 Jahren	7.350 Euro	1.225 Euro
• Entspricht einer jährl. Entnahme	1.050 Euro	175 Euro
• Entspricht einer mtl. Entnahme	87,50 Euro	14,58 Euro

Die Tabelle zeigt die traurige Wahrheit über die staatlich gesteuerte Vermögensvernichtung unserer Bevölkerung. Rund **500 Prozent Kaufkraftverlust** - nicht einmal die jährliche Inflationsrate einbezogen. Dies ist ein Staatstreich erster Güte. Ein Staatstreich der politischen Klasse.

Recht und Souveränität

(in Auszügen aus einem Aufsatz von Prof. Dr. Karl Albrecht Schatzschneider)

Die Währungsunion ist gescheitert. Reisen sind innerhalb der Euro-Zone zwar erleichtert. Sonst aber bringt die Freizügigkeit keinen Gewinn. Die Einheitswährung schadet den meisten Volkswirtschaften, die Öffnung der Binnengrenzen hat schon lange die Kriminalität verstärkt. Jetzt ist die illegale Masseneinwanderung hinzugekommen. Sie gefährdet die Existenz der europäischen Völker.

Wenn die Sicherheit im Innern und nach außen zurückgewonnen werden soll, muss die bewährte Souveränität der Völker in den nationalen Staaten wieder hergestellt werden. **Es darf keinen Vorrang der Unionsvorschriften gegenüber dem nationalen Recht geben..** Alle Völker Europas müssen wieder zur Freiheit ihrer Bürger und zum Recht in ihren Staaten zurückfinden.

Wegen der Verfassung der Europäischen Union war es von vornherein **rechtlich fragwürdig und ökonomisch bedenklich**, der Union beizutreten. Es ist Zeit, die Union zu verlassen, wenn die unveränderlichen Verfassungsprinzipien der Bundesrepublik Deutschland verteidigt werden sollen.



Deutschland ist als Mitgliedstaat der Europäischen Union nicht demokratisch, rechtsstaatlich und sozial. Die Bürger Deutschlands sind in der Union nicht frei. Ihre Souveränität auszuüben ist ihnen verwehrt. Sie sind **Untertanen der Bürokratie der Europäischen Union und der Parteien**, die die Herrschaft der Union im Lande durchsetzen. **Die Wirtschaftsordnung widerspricht ökonomischer Vernunft.**

Es geht den Deutschen weitaus schlechter als es ihnen ohne die Mitgliedschaft in der Union ginge. Ihr Wohlstand ist in der Zeit dieser Mitgliedschaft geschmolzen.

Sie sind durch die Union mit Lasten belegt, die sie allein niemals übernommen hätten. Die Wirtschaftslage ist labil. Die Stabilität der Finanzen ist verlorengegangen. Der Fiskus ist überschuldet. In jüngster Zeit wird Deutschland durch Massenzuwanderung bedrängt.

Alle großen Vorhaben der Europäischen Union sind gescheitert, der Binnenmarkt, die Währungsunion, der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Durch die vertrags- und völkerrechtswidrige Praxis des Europäischen Gerichtshofs ist es zu harten Deregulierungen der nationalen Schutzbestimmungen gekommen.

Der **Gerichtshof** hat sich ermächtigt, der Politik Vorschriften zu machen. Die Maßstäbe definiert er selbst und **entzieht sie der demokratischen Willensbildung der Völker**. Damit hat er sich zum höchsten ‚Gesetzgeber‘ des Wirtschaftsrechts aufgeschwungen. So hat er verfügt, dass nicht das vertraglich vereinbarte Bestimmungsland einer Ware oder Leistung die Produktstandards definiert, sondern das Herkunftsland, so dass nicht die eigenen Standards eines Volkes etwa die Lebensmittelsicherheit bestimmen, sondern die von 28 Staaten. Das hat die Gesundheit erheblich in Gefahr gebracht.

Es werden absolute Vorteile der einen zu Lasten der anderen durchgesetzt. Das führt zum Niedergang der schwächeren Volkswirtschaften, zu deren übermäßigen Verschuldung. Gewinne generieren daraus allein die internationalen Unternehmen.

Es ist ein **unechter Freihandel**. Der unfaire Wettbewerb ohne hinreichende Gleichheit der Chancen bringt jedoch die Ausbeutung der Arbeitnehmer mit sich, die sich stetige Senkung der Löhne gefallen lassen müssen, um die Marktfähigkeit der Unternehmen zu erhalten. Diese können sie gegen die **sklavenartigen Beschäftigungen** in unterentwickelten oder wenig entwickelten Ländern ausspielen, weil in der globalisierten Wirtschaft, in die sich die Europäische Union vertragsgemäß einfügt, kein hinreichender Schutz der Volkswirtschaften in deren jeweiliger Eigenart besteht.

Der missgebildete Binnenmarkt wird durch die Währungsunion und durch die Währungseinheit der Eurogruppe wesentlich verschlimmert. **Den Euroländern sind Abwertung und Aufwertung verwehrt, so dass sie ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht durch den Außenwert ihrer Währung verbessern können.**



Der Niedergang der schwächeren Volkswirtschaften war und ist unausweichlich. **Davon haben aber nur die Unternehmen und Steuerstaaten der stärkeren Volkswirtschaften Vorteile, nicht deren Bevölkerungen.** Denen wird die **Sozialdividende** der starken Währung vorenthalten, die durch die günstigen Importpreise ihre Kaufkraft stärken und den nationalen Markt beleben würde.

Die **Einheitswährung** sollte den unionalen Großstaat erzwingen. Sie war eine Fehlkonstruktion und ist krachend **gescheitert**. Jetzt kosten die verzweifelten Eurorettungsversuche Billionen an Euro. Auch die inflationsorientierte **Staatsfinanzierung der Europäischen Zentralbank** wird die Währungsunion nicht retten. Sie ist nicht nur **schwerer Rechtsbruch**, sondern wird einen Zusammenbruch aller Finanzen herbeiführen, der die politische Stabilität der Völker und Staaten der Europäischen Union beenden wird. Schon jetzt müssen die Sparer und Rentiers hinnehmen, dass ihre Ersparnisse und Lebensversicherungen keine Zinsen mehr erbringen. Sie sind dadurch in Not gekommen.

Die **Schengen-Politik** eines Raumes **ohne Binnengrenzen** ist unter dem Sturm der Flüchtlinge kläglich **zusammengebrochen**. Die grenzüberschreitende Kriminalität hatte diese Politik schon lange erleichtert. Die Außengrenzen waren und sind nicht gesichert. Die Freiheit, die es nur durch Rechtlichkeit gibt, ist so gut wie verloren. **Die Sicherheit der Grenzen ist aber für Freiheit und Recht existentiell.**

Die Staaten haben um der Illusion eines gemeinsamen Raumes der Freiheit, des Rechts und der Sicherheit willen **alle diese Prinzipien verletzt.**

Die Einzelstaaten hätten sich gegen die illegale Massenzuwanderung der Fremden behauptet, wie das einzelne Staaten bewiesen haben. Die gemeinschaftliche Verantwortungslosigkeit hat die Völker der Union Gefahren einer politischen Religion ausgeliefert, die mit der Kultur Europas unvereinbar ist.

Das demokratische Defizit der Europäischen Union ist nicht behebbar. Deren Gesetzgebung ist exekutivistisch, d.h. die Gesetze bestimmen die Kommission, der Rat und vor allem die Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat. **Das Europäische Parlament hat keine demokratische Legitimationskraft. Es vertritt kein Volk, weil es das Unionsvolk nicht gibt.**

Die Abgeordneten sind nicht gleichheitlich gewählt. Die nationalen Parlamente haben für die Gesetzgebung nur noch eine Alibifunktion. **Dem Europäischen Gerichtshof fehlt jeder Ansatz demokratischer Legitimation**, aber er hat große Gestaltungsmacht. In der Europäischen Union sind auch die Mitgliedstaaten nicht mehr hinreichend demokratisch.

Selbst die fragwürdige bürokratische Ordnung der Verträge und die überbordenden Richtlinien und Verordnungen der Union werden stetig verletzt, wenn das politisch opportun ist. **Die Missachtung des Rechts ist in der Europäischen Union System geworden.** Die Mitgliedstaaten haben dadurch auch an **Rechtsstaatlichkeit eingebüßt**. Nicht einmal die Verfassungen der Mitgliedstaaten werden respektiert. Jedenfalls nicht in Deutschland.

Die Verteilung des Volkseinkommens kann nur gerecht sein, wenn sie nach Bedarf, Leistung, Markt und Eigentum auf Grundlage der Gleichheit der Bürger erfolgt. Darüber kann nur die Bürgerschaft in demokratischer Willensbildung befinden. Darum dürfen Wirtschaft, Währung und Soziales nicht auseinandergerissen werden wie in der globalisierten Europäischen Union. **Diese führt dazu, dass die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer werden.**

Kein Volk sollte die **Entdemokratisierung**, die **Entrechtlichung** und die **Entsolidarisierung** der Lebensverhältnisse hinnehmen. Sie sind die unvermeidliche Folge der Europäisierung und Internationalisierung. Jetzt droht die weitere Globalisierung durch die Freihandelsabkommen mit Kanada und vor allem mit der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Abkommen werden das Unrecht der Wirtschaftsordnung weiter verschlimmern.

Den Deutschen ist, wenn sie in Freiheit, Frieden und Wohlstand miteinander leben wollen dringend zu raten, die Europäische Union zu verlassen. Sie werden dadurch keine Nachteile haben. Der weltweite Handel ist durch die Weltwirtschaftsordnung gesichert, aber sie können den Handel nach ihren Interessen gestalten und müssen sich nicht den Interessen des internationalen Kapitalismus beugen.

Sie werden auch die immensen Kosten für die Transfers in gescheiterte Staaten und für gescheiterte Finanzinstitute nicht mehr tragen müssen. Sie werden insbesondere die Chance zurückgewinnen, auf die Politik ihres Gemeinwesens Einfluss zu nehmen, den sie auf die Organe der Europäischen Union nicht haben und nicht haben können.

Anstatt das Subsidiaritätsprinzip mit Leben zu erfüllen, ist die eigentliche Agenda der Unionspolitik, von Krise zu Krise Schritt für Schritt den unionalen Großstaat zu erzwingen.

Das **Ziel** der Integrationspolitik ist der in die „One World“ eingefügte **zentralistische Bundesstaat**. Darüber will die politische Klasse freilich die Völker nicht befragen, weil sie nicht mit deren Einverständnis rechnen kann.

Vorerst wird versucht, die Bevölkerungen zu verändern, um willige Wähler zu gewinnen. Die Souveränität der Bürger will man nach Möglichkeit mittels political correctness erstickten. Der einzige Weg ist, so weit wie die Integration vorangetrieben worden ist, der Austritt aus dem uneuropäischen Unternehmen der Integration zur Europäischen Union. Es ist der Schritt in die Freiheit. **Nicht die Bürger haben in ihren Staaten das Sagen, sondern die Oligarchien der Parteien, der Medien und vor allem der Finanzen.**

Eines der wirksamsten Herrschaftsmittel der Europäischen Union ist der **Moralismus**, der das wichtigste Recht freier Menschen unterdrückt, das Recht der freien Rede. Zunehmend zwingt die Union die Völker im transatlantischen Bündnis in Kriege und schlimmer noch, die Völker der Union müssen sich die Islamisierung der Lebensverhältnisse gefallen lassen, die ihnen Bürgerkriege zu bringen droht. Schon jetzt ist der Terrorismus tägliche Gefahr.

Der unionale Großstaat hat sich vom Recht, dem wichtigsten Prinzip des Lebens in Freiheit und Frieden entfernt.

Wir leben wieder in Jahren der Entscheidung. **Wir sollten uns für ein europäisches Europa entscheiden und einsetzen, gegen die Europäische Union**, wie sie oligarchische Internationalisten, Integrationisten und Egalitaristen zu Lasten der Völker geschaffen haben, **für ein Europa der Bürger und der Völker**, der Freiheit, **des Rechts und der wirtschaftlichen und sozialen Vernunft**, dessen Institutionen die Souveränität der Völker achten und die Freiheit der Bürger zu verwirklichen eine Chance lassen, für ein Europa der Säkularität der Politik von der Religion, also ein Europa der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit sowie des Rechts der ungestörten Religionsausübung im Rahmen der Gesetze, die für jedermann und für alle Religionen und Weltanschauungen verbindlich sind, für ein aufklärerisches Europa. **Die globalistische Europäische Union ist eine uneuropäische Fehlentwicklung.**

Wir müssen die verhängnisvolle Integration der Völker Europas zur Europäischen Union beenden, wenn wir wieder in Freiheit und Frieden leben wollen. Wir müssen unser Recht, aus der Europäischen Union auszutreten, wahrnehmen.

Die Bürger der Mitgliedstaaten der Europäischen Union sollten ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, wenn sie ihre Freiheit, ihr Recht und ihr gutes Leben nicht nur verteidigen, sondern wiedergewinnen wollen.

In seinem Buch „*Die Rechtswidrigkeit der Euro-Rettungspolitik. Ein Staatsstreich der politischen Klasse*“ beschreibt der namhafte Staatsrechtler Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider u.a. den Zerfall der Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik.



[Klick zur versandkostenfreien Bestellung](#)

Zum Autor:

Dieter G. Jürgens, geb. 1950, studierte Wirtschaftswissenschaften und arbeitete viele Jahre als DBV-Beauftragter für den Öffentlichen Dienst, als Personaltrainer und Coach in der Assekuranz und im Finanzsektor. Heute ist er freier Journalist.